

Bezugs-Preis

In der Hauptausgabe über den im Stadtgebiet und den Vororten erschienenen Ausgaben abgezahlt: vierjährlich A 4.50, — zweimaliger höherer Aufstellung ins Jahr A 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierjährlich A 6, — für die übrigen Länder laut Zeitungssprüche.

Redaktion und Expedition:

Sophienstraße 8,

Bernardiner 158 und 222.

Telegraphenpostleitzahl:

Alfred-Hopf, Sachsenring, Universitätsstr. 3,
2. Stock, Katharinenstr. 14, u. Königsg. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Schlesische Straße 6.

Borsigstraße 1 und I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:

Königgrätzerstraße 116.

Bernardiner 156 VI Nr. 3398.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 217.

Mittwoch den 30. April 1902.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 30. April.

Der Reichstag hat gestern die Seemansordnung in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen. Damit ist eine zeitgemäße Aktion zum Abschluß gekommen, die ein großes Maß von Arbeit und Ausdauer beansprucht, um nicht auf einer Urtat hinauszugehen, die ihr auf ihrer Hant droht. Der Erfolg eines neuen Gesetzes war nachweisbar, weil seit dem Infrastruktur der betreibenden Seemannschaft vom 27. Dezember 1872 die Verhältnisse der Schiffahrt sich von Grund aus geändert haben. Mit einem Rückgang der Segelschiffahrt ist eine außerordentliche Aufteilung der Dampfschiffahrt hand in Hand gegangen. Wie auf anderen Gewässern geht es in Deutschland aufgrund Preußens am Richtung zunehmenden Großbetrieb bei Abnahme des Kleinbetriebs. Die völlig veränderte Betriebsweise, insbesondere die Zunahme der durchschnittlichen Größe der Schiffe und die Verwendung von Maschinen, nicht nur zur Fortbewegung des Schiffs, sondern auch zur Ausübung der verschiedenen Schiffsbetriebe, ermöglicht es, mit einer nur wenig vergrößerten Seemannsmannschaft die nach dem Raumgebaude fast verdoppelte deutsche Handelsflotte in Betrieb zu halten. Die Veränderungen in den Betriebsverhältnissen über einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung des Schiffsmarktes und die Zusammenlegung der Schiffsmannschaften. Nicht minder lag ein Antrieb dazu, die alte Seemansordnung zu ändern, in dem schwerwiegenden Umstände, daß wir insofern in das Zeitalter der sozialen Reform getreten sind und durch Vereinbarung unseres Bürgerlichen Rechts den Anforderungen der Neuzeit so weit entgegengestanden sind, als es nach Lage der Dinge möglich war. Durch Beschluss des Reichstages vom 27. November 1900 wurden die Gesetzesmotive einer den vorerwähnten Bedingungen möglichst entsprechenden Seemansordnung mit Begeisterung einer 21gliedrigen Kommission überreicht. Diese hielt nicht weniger als 44 Sitzungen ab. Zum Berichtsteller für das Blatt wurde der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler gewählt, der durch seine auf genaue Sache füllige Entschiedenheit ganz vorwiegend dazu beigetragen hat, daß das Gesetz glücklich in den Hafen gezogen. Wenn die Sozialdemokratie schließlich gegen das Gesetz gestimmt haben, so fanden sie den Nachdruck der einzelnen Änderungen erst dann, als sie vollständig sicher waren, daß ihr Datum das Zulässigkommen des Gesetzes nicht hätte. Auch ohne das man an analoge Vorgänge aus früherer Zeit erinnert, darf man behaupten, diese Vorrichtung sei eindeutig Beweis dafür, daß durch die neue Ordnung der Dinge die Lage der Schiffsfleute erheblich verbessert werde. — Da eine Debatte der Gesamtabstimmung über die Seemansordnung nicht vorzusehen ist, so hatte das obige Haus gestern noch Zeit, den Reichstagtag für die Veteranenfeierlichkeiten zu erfreuen und zweite Beratung des Gesetzesvorwurfs über den Ertrag der jährlich langen Debatte war die Annahme der Regierungsvorlage mit der einzigen, aber für den Buchdruck wichtigen, einflussreichsten Abänderung, daß das Wort „peripherisch“ gestrichen wurde. Stimmen die verbündeten Reierwerken dieser Abänderung zu, so werden also die Verhandlungen des Kabinetts auch auf die nichtperiodische Presse hinweisen können.

Am 27. d. M. hat der hochwürdige Prälat Herr Dr. von Daller, vom verstorbenen Dr. Sigl ebenso respektlos

wie anzüglich „Seine Korpulenz“ genannt, zu Strübing in Oberbayern die „Druckerei“ des „bayerisch-patriotischen“ Bauernvereins „Unterhessen“ abgesucht. Diese Bauernvereine sind für die bayerischen Centrumsherrn die hochwillkommenen Gelegenheiten, „die bayerisch-patriotischen“ Geiste der Centrumsherrn anzufrischen. Herr Dr. von Daller unterzog sich der gebrochenen Aufgabe am letzten Sonntag in den Spuren des weiss geklanteten Braunschweiger Landgerichtspräsidenten Dr. Dedeckin. Das letztere Theorie, daß es in Deutschland außerhalb Preußens dem Kaiser gegenüber keine Unterhessenstadt der Treue und des Gehorsams gebe, das natürlich den ungetheilten Weihab des bayerischen „Patrioten“ Dr. von Daller für sich. Auch dieser erhielt in Braunschweig eine angekündigte Austrittserklärung unanerkennbarer. „Gewissheit“ des Reichstagsabgeordneten des Kreises, und er erklärt dem gegenüber: „Daran müssen wir festhalten, daß die einzelnen Bundesstaaten selbstständig sind, daß wir im Bayern Niemand den Eid der Treue leisten und Niemand Steuer zahlen, als dem König von Bayern, und diese beiden begründen das Unterhessenverhältnis.“ Gleich Herrn Dr. Dedeckin ist also Herr Dr. von Daller offenbar der Meinung, daß gegenüber den Reichstagsabgeordneten, den Reichsräten und den Reichsräten seines Bayers die Unterhessenpflicht des Gebietslands obliege und daß im Reich der Ratspreußische Landesrat und Hochrat beobachtet werden könne, soweit das Unterhessenverhältnis gegenüber Kaiser und Reich in Frage kommt! Selbstverständlich wird Herr Dr. von Daller gegen diese praktischen Schulholzgerungen und kleinen Theorien nichts vernehmen; aber gegen solche ist er trocken, um zu zeigen, wohin das „bayerisch-patriotische“ Staatsrecht führt. Abgesehen davon befindet sich interessant Herr Dr. von Daller im Berthum, wenn er schlecht darunter steht, daß in Bayern ein Treueid nur dem König von Bayern geleistet werde. Herr Dr. von Daller erinnert sich augenscheinlich nicht genügend des Südbündervertrages vom 23. November 1870, dem zufolge die bayerische Armee mit dem Beginn der Mobilisierung unter die Befehle des Kaisers tritt, und er erinnert sich nicht genügend daran, daß die Verpflichtung, den Befehl des Kaisers im Kriege gehorsam zu sein, in den bayerischen Handnahmen aufgenommen ist. Sollte nicht unter den bayerischen Teilnehmern an der Untereschener Feierabendparade mancher gewesen sein, der von diesen Gedächtnisstücken und Dr. v. Daller eine gewisse Vorstellung habe? — Was den sonstigen Verlust des oberbayerischen Bauernvertrages anbelangt, so ist erwähnenswert, daß der Abg. Roth einen Weizenzoll von 6. £ und einen Getreinzoll von 4. £ für unbedingt notwendig erklärte, dagegen einen gleichen 6.-£-Zoll für alle Getreidearten nicht als unerlässlich ansah. In letzterem Punkte also ist das bayerische Centrum, dessen Reichstagabgeordneter Dr. Heim bekanntlich den gleichmäßigen 6.-£-Zoll am eifrigsten verlangt, zweitwegs ein und derselben Meinung.

Die französischen Kommunalwahlen vom Sonntag haben außerordentlich viel Stichwortentheizungen nachwirken gemacht. Deßwegen macht sich die französische Presse auf die zweite Beratung des Gesetzesvorwurfs über den Ertrag der jährlich langen Debatte war die Annahme der Regierungsvorlage mit der einzigen, aber für den Buchdruck wichtigen, einflussreichsten Abänderung, daß das Wort „peripherisch“ gestrichen wurde. Stimmen die verbündeten Reierwerken dieser Abänderung zu, so werden also die Verhandlungen des Kabinetts auch auf die nichtperiodische Presse hinweisen können.

Am 27. d. M. hat der hochwürdige Prälat Herr Dr. von Daller, vom verstorbenen Dr. Sigl ebenso respektlos

wie anzüglich „Seine Korpulenz“ genannt, zu Strübing in Oberbayern die „Druckerei“ des „bayerisch-patriotischen“ Bauernvereins „Unterhessen“ abgesucht. Diese Bauernvereine sind für die bayerischen Centrumsherrn die hochwillkommenen Gelegenheiten, „die bayerisch-patriotischen“ Geiste der Centrumsherrn anzufrischen. Herr Dr. von Daller unterzog sich der gebrochenen Aufgabe am letzten Sonntag in den Spuren des weiss geklanteten Braunschweiger Landgerichtspräsidenten Dr. Dedeckin. Das letztere Theorie, daß es in Deutschland außerhalb Preußens dem Kaiser gegenüber keine Unterhessenstadt der Treue und des Gehorsams gebe, das natürlich den ungetheilten Weihab des bayerischen „Patrioten“ Dr. von Daller für sich. Auch dieser erhielt in Braunschweig eine angekündigte Austrittserklärung unanerkennbarer. „Gewissheit“ des Reichstagsabgeordneten des Kreises, und er erklärt dem gegenüber: „Daran müssen wir festhalten, daß die einzelnen Bundesstaaten selbstständig sind, daß wir im Bayern Niemand den Eid der Treue leisten und Niemand Steuer zahlen, als dem König von Bayern, und diese beiden begründen das Unterhessenverhältnis.“ Gleich Herrn Dr. Dedeckin ist also Herr Dr. von Daller offenbar der Meinung, daß gegenüber den Reichstagsabgeordneten, den Reichsräten und den Reichsräten seines Bayers die Unterhessenpflicht des Gebietslands obliege und daß im Reich der Ratspreußische Landesrat und Hochrat beobachtet werden könne, soweit das Unterhessenverhältnis gegenüber Kaiser und Reich in Frage kommt! Selbstverständlich wird Herr Dr. von Daller gegen diese praktischen Schulholzgerungen und kleinen Theorien nichts vernehmen; aber gegen solche ist er trocken, um zu zeigen, wohin das „bayerisch-patriotische“ Staatsrecht führt. Abgesehen davon befindet sich interessant Herr Dr. von Daller im Berthum, wenn er schlecht darunter steht, daß in Bayern ein Treueid nur dem König von Bayern geleistet werde. Herr Dr. von Daller erinnert sich augenscheinlich nicht genügend des Südbündervertrages vom 23. November 1870, dem zufolge die bayerische Armee mit dem Beginn der Mobilisierung unter die Befehle des Kaisers tritt, und er erinnert sich nicht genügend daran, daß die Verpflichtung, den Befehl des Kaisers im Kriege gehorsam zu sein, in den bayerischen Handnahmen aufgenommen ist. Sollte nicht unter den bayerischen Teilnehmern an der Untereschener Feierabendparade mancher gewesen sein, der von diesen Gedächtnisstücken und Dr. v. Daller eine gewisse Vorstellung habe? — Was den sonstigen Verlust des oberbayerischen Bauernvertrages anbelangt, so ist erwähnenswert, daß der Abg. Roth einen Weizenzoll von 6. £ und einen Getreinzoll von 4. £ für unbedingt notwendig erklärte, dagegen einen gleichen 6.-£-Zoll für alle Getreidearten nicht als unerlässlich ansah. In letzterem Punkte also ist das bayerische Centrum, dessen Reichstagabgeordneter Dr. Heim bekanntlich den gleichmäßigen 6.-£-Zoll am eifrigsten verlangt, zweitwegs ein und derselben Meinung.

Die französischen Kommunalwahlen vom Sonntag haben außerordentlich viel Stichwortentheizungen nachwirken gemacht. Deßwegen macht sich die französische Presse auf die zweite Beratung des Gesetzesvorwurfs über den Ertrag der jährlich langen Debatte war die Annahme der Regierungsvorlage mit der einzigen, aber für den Buchdruck wichtigen, einflussreichsten Abänderung, daß das Wort „peripherisch“ gestrichen wurde. Stimmen die verbündeten Reierwerken dieser Abänderung zu, so werden also die Verhandlungen des Kabinetts auch auf die nichtperiodische Presse hinweisen können.

Am 27. d. M. hat der hochwürdige Prälat Herr Dr. von Daller, vom verstorbenen Dr. Sigl ebenso respektlos

Rationalismus ist eine starke Dosis von klein- und kleinstbürgischen Reaktionen bestreut.

Aus Hermannstadt wird und berichtet: In den bisigen wogenden südlichen Kreisen wird die Mittelbildung des Baron Banffy über die angebliche Neuerung des Fürsten Bismarck bereitstellt, die Siebenbürgen als ganz unrichtig bezeichnet. Banffy legt dem Fürsten Bismarck folgende Worte in den Mund: „Die deutsche Reichspolitik wird sich der berechtigten oder vermindesten Ansprüche der Siebenbürgen nicht annehmen, wenn dieselben im Widerspruch zu den Grundzügen des ungarnischen nationalen Einheitsstaates stehen.“ In Siebenbürgen kennt man jedoch sehr genau die Gelegenheit, bei welcher zwischen dem Fürsten Bismarck und Baron Banffy darüber eine Unterhaltung stattgefunden hat. Aus der Umgebung des Fürsten wurde damals einem herausragenden Vertreter des Sachsen darüber Bericht erstattet, wonach die Worte Bismarck's etwa folgendermaßen gelautet haben: „Ich beurtheile die Frage der Siebenbürgen weiter vom Geschäftspunkte nationaler Gewalt aus noch Antipathie. Die Politik des deutschen Reiches wird gegenüber den staatlichen Erfordernissen Ungarns stets die größte Neutralität zeigen, und ich denke, daß, wenn die ungarische Regierung den Sachsen ihre nationalen Eigenheiten unangreifbar läßt, diese sehr bald ein treues und zuverlässiges Mitglied des ungarischen Einheitsstaates werden können.“ Sonst hat Fürst Bismarck von den Sachsen nur erwartet, daß sie sich den staatlichen Erfordernissen des ungarischen Einheitsstaates anpassen sollten, nicht aber, daß sie unter Verzicht auf ihre eigenen Föderalismus in dem angloamerikanischen „Nationalstaat“ aufgehen sollten. Leider ist man es bei dem Baron Banffy gewohnt, daß er derartige Angestaltungen, die von den blauäugigen dem ungarischen Staatsgedanken gemacht werden, im einheitlichen national-magyarischen Sinne auslegt. So hat er auch den rumänischen Ministerpräsidenten Demeter Sturdza gegenüber gemacht, als dieser mit Banffy in Pel über einen modus vivendi betreffend die Siebenbürgen Rumäniens verhandelt hatte. Damals versuchte Baron Banffy, noch dazu in seiner Stellung als Ministerpräsident, die Worte Subiga's bezüglich magyarischer Auszubilden, die Statută zugleich in magyarischer Sinne auszubilden, doch Statută aus Rumäniens als Verteilung an dem rumänischen Volksblatt aus. Jetzt versucht er das Gleiche dem Fürsten Bismarck gegenüber zu thun; doch wird er dadurch die Berechnung, welche die Siebenbürgen Sachen dem Altreichszettel zollen, in keiner Weise beeinträchtigen lassen.

Deutsches Reich.

○ Berlin, 29. April. Der Bundesrat versammelte sich heute zu einer Plenarsitzung und überwies die Vorlagen, betreffend a. Änderungen der §§ 42 und 48 der Eisenbahn-Verkehrsordnung (Beschränkung von Beförderung von Personen mit der Eisenbahn), b. den Entwurf eines Gesetzes für Eisenbahnlinien über die gemeinschaftliche Ausführung von Beförderungen, Entnahmen und Bewilligungen durch mehrere Gemeinden, den zuständigen Ausschüssen. Dem Ausführungsantrag zu der Vorlage, betreffend den am 5. März 1902 in Brüssel zwischen dem Reich und mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Behandlung des Zuckers und des Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Zucker- und des Antidumping-Gesetzes wurde die Zustimmung erteilt, ebenso dem Ausführungsbericht über die Vorlage, betreffend den Entwurf einer Verordnung wegen landesbedeutscher Anwendung des Reichsgesetzes über Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes.

Feuilleton.

Eva oder Anneline?

Roman von Ernst Georg v.

Rezension unten.

Ein Witterungsumschlag war unzählig eingetragen. — Anneline sah sich gerade etwas besser, trotzdem eigentlich wie sie plagten. Sie ließ sich von Nähe in das Schreibamt geleiten und in die Nähe des Fensters führen, welches auf die Veranda hinausging. Dort setzte sie sich müde nieder, wiederte sich in ihr weiches Tuch und schaute sich an. Hier wollte sie traurig und sich, wie sie hauptsächlich an Bernhard's Seite ausmalen. Hier störte sie Wirklichkeit Schwärzen nicht. — Sie mochte eine Wirklichkeit geschenkt haben, als sie draußen Schritte vernahm. Anneline horchte auf. Es waren Mattis und Löwen-Pölling! —

„Ah! Wie ich gelacht, das Recht ist leer! Alle ausgeflogen! Schade, daß meine Patienten die barmherzige Lust nicht genießen können!“ meinte die Gräfin laut. „Sehen wir uns noch ein Weißchen?“ — Stühle rückten, sie nahmen Platz. — „Wie kann jetzt noch nicht zu meinen Kranken gehen“, flüsterte sie hinaus. „Sie wissen nicht, mein Freund, wie Sie mich erfreut haben!“ — „Wie Gottige!“ lachte er warm, „wenn Sie damals da gewesen wären, beim Himmel, es wäre anders anders geworden. Der weibliche Einfluss schafft viel!“ — „Was müßten Sie getan haben, wenn Sie das Mädchen so lieben?“ begann Marie nach einer kleinen Pause wieder. Er lächelte höchst. — „Das Dienstleben hier ist weit mehr ausdauern, als man in guten Zeiten annimmt. Sie wissen nicht, Gräfin, wie ich meine Cousine Eva vergötterte. Ich war meiner Sach so feierlich, so zweifellos gar nicht an ihrer Eleganz.“ — „Da kam Ihr Sohn aus Potsdam in seiner weißen Uniform, wie ein junger Gott, so schön. Sein Gesicht so edel und so wunderlich verziert, um den Mund einen so weichen Beideszug, daß die Herren ihm zusagen müssen. Und denken Sie, Gräfin, ich blieb noch immer barfuß.“ — „Wie verschwiegene Eindrücke auf; aber bald sah sie lächeln.“ — „Wie sie lächelte!“ fragte er mitleidig.

Anneline preiste die Wogen zusammen, um nicht zu schreien. Sie war ganz Ohr.

„Gräfin!“ begann er das Gespräch von neuem. Ich habe Ihnen offen und ehrlichlos meine Geschichte erzählt. Sie kennen mich und wissen, daß Sie mir vertrauen können! Wir in damals so viel unklar geblieben. Das ist jetzt einige Fragen stellen? — „Sie dürfen; ich werde Ihnen eben so made antworten, weil ich auf Ihre strengste Disziplin rechne!“ — „Mein Ehrenwort! — „Ich vertraue Ihnen auch ohne dieses, lieber Freund!“

„Liebt Ihr Verstand meine Cousine noch heute?“

Person? Warum opfert er ihr seine Zukunft und die seiner Freiheit?“ lachte Löwen-Pölling und schlug auf einen Tisch. „Viel Ruhe, junger Braunkopf!“ befandtigte Marie. „Wer hat bei einer Scheiden-Schleißigung unfehlbar ist?“ — „Aber ich verhüte mich noch und nach. Vor Kurzem gab ich Eva, gelegentlich eines Besuches im Krankenhaus. Er sollte mir mich ein Prinzip werden. Ich fühlte es, daß ich den Schmerz hinweggekommen bin!“ — „Er sprach es in ruhigem Tone. — „Ihnen, die Sie mir in der kurzen Zeit unserer Bekanntschaft sehr geworden sind, wie eine zweite Mutter, Ihnen, Gräfin, kann ich es ja sagen, ich sollte jetzt auf ein anderes Mädchen!“ — „Wie mich das freut, Löwen-Pölling!“ entgegnete sie herzlich. — „Doch sagen Sie, haben Sie den Eindruck, als ob die arme Eva meinen Sohn noch liebt?“ — „Der Haupthausen schien nochzuhören.

„Wie Sie mir erzählen.“

„Sie hört doch alles auf, und Sie denn blind. Gräfin? Selbst das stärkste Gericht würde ihn freilassen, und Sie gestehen, daß er in sein Unglück schenkt?“ — „Die Gräfin wußt nicht, was sie zum letzten Moment zu sehen!“ — „Sie ist tot!“ — „Nein, was ist denn?“ fragte er erschrockt. Marie war aufgesprungen. Sie war blau, ihre Füße versagten den Dienst. „Um Gotteswillen, das kann ja wie ein erschrecklicher Teufel!“ — „Sie sind doch noch!“ — „Der Baron will sie das Fenster und spähte hinein: „Niemand da, Sie hören Gespenster!“ — „Nein, nein!“ — „So kommen Sie doch her, und sehen Sie selbst noch!“ Die Gräfin wußt nicht, was sie hinein sah. Sie schaute hinein: „Nein, wirklich nicht!“ — „Sie hatte Todesangst, — meine Schwiegereltern sind beide und gehoben haben!“ — „Sie atmete auf. Aber ich bitte Sie, die Blinde hätte sich doch nicht so schnell entfernen können!“ — „Das ist wahr!“ sagte sie erleichtert. „Aber kommen Sie mit hinauf in unsere Zimmer. Ich habe keine Ruhe, ehe ich mein armes Kind nicht gehabt habe!“ — „Gewiß gern!“ entgegnete er herzhaft.

Höchst oft er lädt den Arm und führt sie fortan treppauf. Vor dem Eingange zu ihren Räumen fand sie die Beweglichkeit wieder. Höchst frech für die Thür auf. Im Salón sah Nähe und lächelte. Sie rief ihn an. Er war sofort zuhause. „Wo ist Miss Seaton?“ — „Im Bett, Frau Gräfin!“ meinte er, verwundert über diese Frage. — „Und — und Gräfin Anneline?“ fuhr sie

Anzeigen-Preis

die geschaltete Zeitzeile 25 A.

Reklamen unter dem Rebaktionstisch (Gespalten) 75 A. vor den Sammlernrichten (Gespalten) 60 A.

Tafelblätter und Illustrationen entzweigebunden 100 A. — Werbungen für Nachfrage und Lieferung 25 A. (excl. Post).

Extra-Beilagen (grafs.), zur mit der Zeitung-Kategorie, ohne Postförderung 25 A., mit Postförderung 20 A.

Annahmeschluß für Anzeigen: Mittwoch-Ausgabe: Mittwoch 10 Uhr. Montag-Ausgabe: Montagmorgen 4 Uhr.